Was den Krieg so absurd und monströs macht, ist, Die Völker als solche müssen gegen die Atomwaffen sein, wenn es gelingen soll, diese loszuwerden. Albert Schweitzer (1875-1965)

Liebe Friedensfreundinnen und –freunde,

Schon fast traditionell berichten wir im August über das Gedenken am Hiroshima-Gedenkhain. Erinnern, aber auch Protest ist notwendiger denn je. Nicht nur das die japanische Regierung versucht, die pazifistische Verfassung auszuhebeln, auch in Deutschland ist das Thema mehr als präsent. In Büchel lagern Atomwaffen und ist Widerstand dagegen nicht gern gesehen. Über mehrere Monate blockierten Aktivist_innen, auch von Friedensbüro und DFG-VK die Eingänge in Büchel. Am 5. Flaggentag der Mayors for Peace und zeitgleich zum NATO-Gipfel haben etwa 200 Bürgermeister vor ihren Rathäusern ein sichtbares Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen gesetzt, indem sie die Flagge des weltweiten Städtebündnisses „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace) gehisst haben. Das Netzwerk fordert mit dem Flaggentag den Verhandlungsbeginn für ein ausnahmsloses Verbot von Atomwaffen. Das Protest gerne kriminalisiert wird, ist nichts neues. Hermann Theisen verteilt seit langem Flugblätter vor dem Fliegerhorst Büchel. Theisen forderte im Flugblatt die Soldaten auf, Befehle zu verweigern und die Öffentlichkeit über dort stationierte US-Atomwaffen zu informieren. Das Amtsgericht Cochem verurteilte Theisen bereits zweimal zu hohen Geldstrafen. Im Vorfeld der Verhandlung forderte die Staatsanwaltschaft nun sogar Haft, da ihm nicht anders beizukommen sei. Doch der Friedensaktivist bekam, wie von der Verteidigung gefordert, einen Freispruch.

Ein anderer Mut machender Freispruch wurde in der Ukraine gefällt. Der ukrainische Kriegsdienst-verweigerer Ruslan Kotsaba – in erster Instanz noch zu 3,5 Jahren Gefängnis verurteilt, wurde in Kiew vom Berufungsgericht freigesprochen. Im Januar 2015 hatte sich der Journalist und Blogger in einer Botschaft auf Youtube gegen die Kriegführung der Ukraine im Osten des Landes gewandt und seine Verweigerung einer Einberufung erklärt. Daraufhin wurde er festgenommen und unter unwürdigen Bedingungen inhaftiert.
Mit Kriegsverweigerern im historischen Sinne beschäftigt sich die DFG-VK seit langen. Jetzt haben wir dazu ein Rechercheprojekt gestartet.
Zuletzt werden wir noch einmal sportlich. Seit ein paar Tagen wirbt die Bundeswehr gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) für das Militärhandwerk. Mehr zur Sportförderung gibt es in einem Hintergrundartikel, mehr Aktion dagegen, demnächst.

PS: Daneben fast untergangen ist die Präsentation des Weißbuches der Bundeswehr. Wir dokumentieren die PM der DFG-VK mit den wichtigsten Kritikpunkten.

Die Themen im Einzelnen:

- HIROSHIMA – GEDENKHAIN AUF DER BU LT · Nie wieder Hiroshima – Gespräche bei Kerzenschein
- Flaggentag der Mayors for Peace
- Neues Bundeswehr-Weißbuch: Kriegerische Zukunft
- Rechercheprojekt zu Deserteuren gestartet
- Sportförderung der Bundeswehr – Kriegführen auf der Aschebahn

Mit friedlichen Grüßen
für Friedensbüro und DFG-VK
Ralf Buchterkirchen

HIROSHIMA – GEDENKHAIN AUF DER BU LT · Nie wieder Hiroshima – Gespräche bei Kerzenschein

Am 6. August 1945 wurde die Stadt Hiroshima Ziel des ersten Atombombenabwurfes der Menschheit. Etwa

110.000 Menschen starben sofort. Bis heute sterben Menschen an den Folgen. Über 16.000 Atomsprengköpfe lagern heute auf unserem Planeten mit einer Zerstörungsgewalt, die 900.000 Mal so groß ist wie die der Hiroshima-Bombe. Auch 71 Jahre danach gedenken wir den Opfern, die uns mahnen und verpflichten zum Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt.

Freitag, 5. August 2016 HIROSHIMA – GEDENKHAIN AUF DER BU LT

20:00 Uhr · Nie wieder Hiroshima – Gespräche bei Kerzenschein

Am Vorabend des Hiroshima Gedenktages lädt das Hiroshima Bündnis zu Gesprächen zum
Thema: „Präsident Obamas Besuch in Hiroshima – Chance für atomare Abrüstung?“ ein.
Dazu wird es u.a. Kurzbeiträge von Gästen aus Japan geben. Im Verlauf des Abends sollen Kerzenlichter aufgestellt werden, um an die Opfer des Atombombenabwurfs zu erinnern.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Bitte bringen sie Kerzen mit
Der Hiroshima-Gedenkhain liegt hinter dem Kinderkrankenhaus auf der Bult (Janusz-Korczak-Allee).

Hiroshima Bündnis Hannover|hiroshima-buendnis@t-online.de

Flaggentag der Mayors for Peace -Friedensbüro fährt nach Büchel

Die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen verstoßen gegen internationales Recht und gegen Prinzipien des humanitären Völkerrechts. Atomare Abrüstung statt Aufrüstung!

Am heutigen 8. Juli haben wir, gemeinsam mit Oberbürgermeister Schostok, um 11.00 vor dem Rathaus die Flagge der „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) aufgezogen.
Der Flaggentag erinnert an das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichts-hofes vom 8. Juli 1996, das sich in diesem Jahr zum 20. Mal jährt. Darin heißt es, dass allein schon die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen gegen internationales Recht und gegen Prinzipien des humanitären Völkerrechts verstößt. Darüber hinaus hat der IGH die völkerrechtlich verbindliche Verhandlungspflicht zur Realisierung vollständiger atomarer Abrüstung festgestellt. Gerade als Menschen aus der Partnerstadt Hiroshimas, über der als erste Stadt eine Atombombe abgeworfen wurde, fühlen wir besondere Verantwortung, für Atomare Abrüstung einzutreten!
Das Friedensbüro ist äußerst besorgt darüber, dass die US-Armee beabsichtigt, die in Büchel (Eifel) stationierten Atombomben nicht abzuziehen, sondern zu modernisieren – das heißt aber konkret, Stationierung neuer, taktischer Atomwaffen, die kleiner und lenkbar sind, damit aber auch „besser einsetzbar“ sind. Angesichts dessen, dass beim NATO-Manöver Cold Response in Norwegen im März B52-Bomber der US-Luftwaffe den Abwurf von Atombomben übten, erscheint die Gefahr eines Atomkrieges erneut real.
Wir werden deshalb als Hannoversches Friedensbüro am 15. Juli die Aktions-präsenz und Blockaden des

Standorts Büchel unterstützen, die vom 26. März (5. Jahrestag des Bundestagsbeschluss zum Abzug der Atomwaffen) bis zum 9. August (Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki) von verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung durchgeführt werden.
Heute und morgen trifft sich der oberste NATO-Rat in Warschau. Wir beobachten, dass die NATO in den vergangenen Jahren eine gefährliche Einkreisungspolitik gegenüber Russland verfolgt hat – unter Bruch der Zusagen an Russland im Prozess der Wiedervereinigung. An dem aktuellen NATO-Manöver „Anaconda“ in Polen nahmen zusätzlich noch Verbände aus Georgien und der Ukraine teil. Auch die Bundeswehr beteiligt sich aktiv – in Litauen soll sie als ‚Speerspitze der Nato‘ die Führungsrolle einer Truppe übernehmen, die aus wechselnden Einheiten von bis zu 1.000 Soldaten bestehen könnte.
Bundesaußenminister Steinmeier warnte in der Tagesschau vom 18.6. vor dem Bedrohungsszenario, das durch die gegenwärtigen NATO-Manöver entsteht. Und in der Neuen Presse vom 20.6.16 sagte er: „Wir brauchen nicht weniger sondern mehr Dialog mit Russland.“ und: er habe manchmal den Eindruck, dass es einzig und allein um die Schwächung Russlands gehe. Aber „Das können wir – schon aus eigenem Interesse – nicht wollen.“
Wir sind der Ansicht: Die NATO schafft keine Sicherheit und Frieden, sondern neue Kriege. Deshalb müssen sämtliche Militäreinsätze beendet werden. Ein erster Schritt zur Abschaffung der NATO könnte der Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO sein. Die dabei eingesparten Gelder könnten dann für Armutsbekämpfung vor allem in den durch Kriege zerstörten Ländern, aber auch hier bei uns, eingesetzt werden.

Überwältigendes Votum für Abzug und Verbot von Atomwaffen
Friedensorganisationen erhöhen Druck auf Politik mit neuer Kampagne „Büchel ist überall - atomwaffenfrei.jetzt"

Eine überwältigende Mehrheit von 85% der Bundesbürger spricht sich dafür aus, dass die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen abgezogen werden. 93% befürworten nach der neuesten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa, dass Atomwaffen, ähnlich wie Chemie- und Biowaffen, völkerrechtlich verboten werden sollen. 88% sprechen sich dagegen aus, dass die USA die in Deutschland gelagerten Atomwaffen durch neue und einsatzfähigere Waffen ersetzen, wie es für das Jahr 2020 geplant ist.

„Dies verstehen wir als klaren Auftrag der Bevölkerung an die Bundesregierung, endlich den Bundestagsbeschluss vom 26. März 2010 umzusetzen. Vor fast genau 6 Jahren hatten die Bundestagsabgeordneten fraktionsübergreifend den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und den engagierten Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt gefordert", bekräftigt Inga Blum, Vorstandsmitglied der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs (IPPNW). Die IPPNW hatte die Umfrage in Auftrag gegeben, bei der am 17./18. März 2016 etwa 1.000 Bundesbürger befragt wurden. Die aktuellen Auseinandersetzungen um die atomaren Drohgebärden Nordkoreas, aber auch die Angst vor einer schmutzigen Bombe in Belgien nach den furchtbaren gestrigen Terroranschlägen, zeigen, wie groß die atomare Gefahr ist. Alle Atomwaffenstaaten planen eine umfangreiche Aufrüstung ihrer Arsenale.

Die sogenannte Doomsday Clock wurde daher 2015 auf drei Minuten vor zwölf gestellt und dieses Jahr auf dieser Zeit belassen. Das letzte Mal stand der Zeiger 1984, auf dem Höhepunkt der atomaren Auseinandersetzung zwischen Ost und West, auf dieser Uhrzeit. Weltweit existieren weiterhin mehr als 15.000 Atomwaffen. Über 90% dieser Arsenale besitzen die USA und Russland, die meisten davon mit einer vielfachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Eine solche Bombe kann, über einer großen Stadt abgeworfen, mehrere Millionen Menschen töten. 1.800 dieser Atomwaffen befinden sich immer noch in höchster Alarmstufe und innerhalb von Minuten abfeuerbereit. "Nach dem Einsatz einer Atomwaffe wäre effektive humanitäre Hilfe unmöglich", meint die Ärztin Inga Blum. Krankenhäuser, Verkehrs- und Kommunikationssysteme sowie Stromversorgung wären zum Großteil nicht mehr vorhanden und humanitäre Hilfe nicht möglich. „Die Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft fordert deshalb aus humanitären Gründen die Ächtung von Atomwaffen und einen Verbotsvertrag," so Sascha Hach, Vorstandsmitglied von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear weapons) Deutschland. Er ergänzt: „Derzeit streben 127 Staaten ein Verbot von Atomwaffen an. Die Bundesregierung ist nicht dabei und hat bei der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen Ende 2015 gegen ein solches Verbot gestimmt."
Vor diesem Hintergrund startet die neue Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt" am kommenden Samstag, 26. März 2016, mit einer Fotoaktion am Atomwaffenlager Büchel sowie dem dortigen Ostermarsch zwei Tage später. „Bis zum Nagasaki-Gedenktag am 9. August werden Gruppen und Einzelpersonen in Büchel Mahnwachen und andere gewaltfreie Aktionen durchführen - zwanzig Kalenderwochen stellvertretend für die 20 dort stationierten Atombomben", so Roland Blach, Kampagnenkoordinator und Landesgeschäftsführer DFG-VK Baden-Württemberg.

Neues Bundeswehr-Weißbuch: Kriegerische Zukunft

Weltweite Militärinterventionen, mehr Waffenexporte und Einsätze im Innern: Die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) warnt vor einer zunehmenden Militarisierung deutscher Politik. Konsequenzen aus der gescheiterten Anti-Terror-Militärpolitik würden nicht gezogen, zivile Konfliktlösungsansätze stattdessen vollkommen vergessen.

1. „Das neue Strategiepapier des Verteidigungsministeriums zementiert eine gewalttätige und gleichzeitig erfolglose Politik“, kommentiert Ralf Buchterkirchen, Bundesprecher der DFG-VK das gerade veröffentlichte „Weißbuch 2016 – Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“. Das vom Verteidigungsministerium erstellte neue Papier gibt die langfristige Strategie deutscher Sicherheitspolitik vor: „Man sollte eher von ‚Unsicherheit‘ sprechen“, so Buchterkirchen. Seine Organisation hat das Papier analysiert und sieben heikle Punkte herausgearbeitet: „Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist **global**. Dieser umfasst ausdrücklich auch den Cyber-, Informations- und Weltraum.“ (S. 56). **Die Bundeswehr soll weltweit eingesetzt werden, nicht einmal ein UN-Mandat soll in sogenannten Ad-hoc-Koalitionen nötig sein.** Zudem soll der **Bundessicherheitsrat** als ein Gremium zur Vorbereitung neuer

Kriegseinsätze als **intransparente und unkontrollierte Institution aufgewertet**

2. „**Russland** [stellt] die europäische Friedensordnung offen in Frage […], wendet sich von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. […] Dies erfordert Antworten […] von EU und NATO als Ganzes“ (S. 31). Neben Terrorismus wird mit Russland ein **altes Feindbild** des Kalten Krieges wiederbelebt. Damit wird die Aufrüstung zur Landes- und Bündnisverteidigung gerechtfertigt, sowie das diffuses Bedrohungsszenario eines „hybriden Krieges“ aufgebaut, welches eine Aufrüstung in allen Bereichen rechtfertigen soll, vor an den Ostgrenzen der NATO und im Cyberraum. Die nukleare Teilhabe der Bundeswehr wird bekräftigt.
3. Der **Export von Waffen** soll weiter ausgebaut und durch die Bundesregierung noch aktiver gefördert werden. Zusätzlich kommt dem Export von militärischer Ausbildung und Ausstattung („**Ertüchtigungsansatz**“ S. 52) eine zentrale Bedeutung für künftige Kriegseinsätze zu, bei der vor allem in Krisenstaaten massenhaft Militär ausgehoben wird.
4. Die Bundeswehr ist unattraktiv wie nie, was mit erheblichen Nachwuchsproblemen einhergeht. Hier will die Bundeswehr ihr **Auftreten an Schulen und mit Abenteuer- und Action-Veranstaltungen für Jugendliche weiter ausbauen**: Die Bundeswehr möchte sich einen „**atmenden Personalkörper […] ohne starre Obergrenzen“** (S. 120) geben. Für fehlende Ressourcen, insbesondere im IT-bereich sollen Reservist_innen über eine aktive Reservistenarbeit geworben werden. Eine klare Ansage, die Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr zu intensivieren und mit Rechentricks sich den Dienst an der Waffe attraktiv zu lügen.
5. Eine umfassende Innere Militarisierung wurde beschlossen, welches den verstärkten Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des sogenannten Heimatschutzes vorsieht. Hierbei muss von der **stillen Vorbereitung von Strukturen und Logistik für den Einsatz im Inneren** gesprochen werden. Neben der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf allen Ebenen wird der abstrakte Begriff der „Resilienz“ zentral eingeführt. Er bedeutet „Widerstandsfähigkeit“ und beschreibt abstrakt eine potenzielle Einbindung des Militärs in zahlreiche Bereiche des öffentlichen zivilen Lebens, etwa durch Internetüberwachung oder dem Schutz kritischer Infrastruktur.

6. Das alles soll **viel Geld kosten** und bei der Bundeswehr soll – nicht wie in allen anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge – gespart werden. Während Schulen am Sanierungsstau leiden, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit seit Jahren nicht die international vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens erreichen und der Mindestlohn nur um 0,34 Euro pro Stunde ab 2017 steigen soll. In diesem Jahr wird der Verteidigungshaushalt an die **40 Milliarden Euro** Grenze kratzen, 2020 wird er sie deutlich überschritten haben. Damit hat sich der Etat seit dem Jahr 2000 fast verdoppelt! Geld, was an anderer Stelle fehlt und bei der Bundeswehr sinnlos und unnötig verschwendet wird.
7. Die **Militarisierung der Europäischen Union soll massiv vorangetrieben werden**, insbesondere im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit und der Rüstung wird eine stärkere Nutzung der eigentlich zivilen EU-Strukturen angestrebt. Verbunden mit einer Stärkung der NATO-Strukturen und –aufgaben soll die EU den „europäischen Pfeiler in der NATO“ (S.73) stärken.

„Zusammenfassend zeigt das neue Strategiepapier der Bundeswehr vor allem, dass die regierenden Politiker und Militärs nichts aus den bisherigen Interventionen gelernt haben“, fasst Buchterkirchen die Kritik zusammen. Konsequenzen aus dem gescheiterten Militäreinsatz in Afghanistan zieht das Papier nicht: „Scheinbar gibt es bei den Militär-Befürwortern keine Aufarbeitung ihrer Strategie der letzten fünfzehn Jahre“, bedauert der DFG-VK-Bundessprecher. Der „Krieg gegen den Terror“ und seine Folgeeinsätze hätten lediglich die Gefahr von Anschlägen steigen lassen, so der Friedensaktivist/die Friedensaktivistin. Die DFG-VK fordert ein grundlegendes Umdenken in Fragen der Sicherheitspolitik: Das Militär dürfe nicht mehr im Mittelpunkt stehen, zivile Alternativen müssten in Sicherheitsfragen Vorrang haben, heißt es von der Organisation zum Bundeswehr-Weißbuch.

Rechercheprojekt zu Deserteuren gestartet

Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und das Friedensbüro Hannover starten systematische Recherche zu wegen Desertion, Wehrkraftzersetzung oder Kriegsverrat verurteilten Soldaten in und aus Hannover. Dazu erklären Klaus Falk und Ralf Buchterkirchen, Sprecher_innen der DFG-VK Hannover:

Seit vielen Jahren beschäftigen sich die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Hannover und das Friedensbüro Hannover mit der Erforschung und Würdigung von durch die NS-Militärjustiz verurteilten und hingerichteten Soldaten in und aus Hannover. Bisher sind die Namen von 36 Soldaten aus Hannover und 15 Namen von in Hannover wegen Gehorsamsverweigerung hingerichteter Soldaten bekannt und belegt. Unterstützt von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Einzelspenden haben wir das Ziel – soweit möglich – die Namen noch unbekannter Opfer der NS-Militärjustiz, die aus Hannover stammten oder dort hingerichtet und auf dem Fössefeldfriedhof beerdigt wurden, zu rekonstruieren. Zu diesem Zweck startet das wissenschaftliche Rechercheprojekt.

Im Herbst werden wir mit den bis dahin erzielten Ergebnissen an die Öffentlichkeit gehen. Mit den Ergebnissen können – so hoffen die Organisator_innen– Schulprojekte entwickelt und eine aktive Erinnerungskultur befördert werden. Ziel ist es – wie von der Stadt Hannover vorgesehen – den Stadtteilfriedhof Fössefeld zu einem zentralen Lern- und Erfahrungsort in Hannover zu entwickeln. Das Projekt wird dazu einen wichtigen Baustein leisten.

Hintergrund:

In Hannover wurden während des Zweiten Weltkrieges von der NS-Militärjustiz verurteilte Soldaten auf dem Gelände der Kaserne Vahrenheide (heute Feldjägerschule der Bundeswehr, Emmich-Cambrai-Kaserne) hingerichtet. Zuvor wurden Sie im Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis am Waterlooplatz inhaftiert. Die hingerichteten Soldaten sind auf dem Stadtteilfriedhof Fössefeld beerdigt.

In jahrelanger Kleinarbeit hat Klaus Falk die Daten einzelner Soldaten erforscht und über umfangreiche Recherchen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der wegen „Wehrkraftzersetzung“, „Kriegsverrat“ oder „Desertion“ in Hannover hingerichteten Soldaten gedacht wird. Auf Basis dieser Daten hat Ralf Buchterkirchen im Jahr 2011 eine wissenschaftliche Abhandlung zur NS-Militärjustiz veröffentlicht, die ausgehend von einer regionalen Perspektive einzelne Biographien thematisiert und so der Allgemeinheit zugänglich macht (Buch: „…und wenn sie mich an die Wand stellen…“ – Desertion, Wehrkraftzersetzung und Kriegsverrat von Soldaten in und aus Hannover, Neustadt 2011).

Seit 1990 (von der Stadt 1992 als Schenkung angenommen) existiert ein Denkmal „Für den unbekannten Deserteur“. Es war auf dem Trammplatz direkt gegenüber dem Neuen Rathaus positioniert. Im Zuge der Umgestaltung des Platzes im Jahr 2015 wurde es entfernt. Die weitere Verwendung ist noch nicht geklärt. Ebenfalls im Jahr 2015 wurde durch die Stadt Hannover ein Denkmal auf dem Stadtteilfriedhof Fössefeld errichtet. Damit wurde der ehemalige Garnisionsfriedhof zu einem Gedenkort für die hingerichteten Opfer der NS-Militärjustiz erhoben.

Sportförderung der Bundeswehr – Kriegführen auf der Aschebahn

Bei (inter-)nationalen Wettbewerben, sei es im Wintersport oder der Leichtathletik, taucht es immer wieder auf, – das Logo der Bundeswehr. Das Symbol, mit dem sich die Bundeswehr nach außen präsentiert, kommt beim Sport nicht nur in Form von immer penetranterer Werbung zur Geltung, auch tragen es viele Sportler_innen auf ihrer Sportkleidung. Sie sind Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. 1968 wurde die Sportförderung der Deutschen Bundeswehr eingerichtet. Der Bundestag verband damit insbesondere ein repräsentatives Anliegen – junge Männer sollten durch sportliche Höchstleistungen das Image der Bundesrepublik Deutschland nach außen aufwerten. Der Osten hatte es vorgemacht: Während in Westdeutschland auch die Sportler damit beschäftigt waren, Kasernenhöfe entlangzumarschieren – sprich den Wehrdienst zu leisten –, waren in Ostdeutschland (und im Ostblock) viele Sportlerinnen und Sportler beim Militär Beschäftigt. Auch dort ging es um Imagegewinn und –pflege; im Westen wurden diese Sportlerinnen und Sportler hingegen gern als „Staatsamateure“ bezeichnet und mit Sanktionen belegt. Am 8.Mai 1968 entschied der Bundestag eine Sportfördergruppe einzurichten und (damals noch ausschließlich männliche) Soldaten vom Großteil der Wehrpflicht zu befreien und ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihrem Sport nachzugehen. Ein entsprechendes Äquivalent für Kriegsdienstverweigerer gab es nicht. Aus sportpolitischer und nicht-pazifistischer Sicht war der Schritt der Gründung einer Sportfördergruppe logisch und folgerichtig. Die Vorteile für das Militär lagen auf der Hand: Mit wenig Aufwand konnte so ein positives Bild der Bundeswehr transportiert werden; Symphatieträger(innen) ließen sich mit der Bundeswehr verbinden. Noch 2010 stellt der inzwischen als IOC-Präsident amtierende Thomas Bach in einer Broschüre des Bundesverteidigungsministeriums fest: „Weit über die gewonnenen Titel und Medaillen hinaus geben die Erfolge der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ein attraktives Gesicht. Sie tragen das Bild einer demokratischen, sympathischen und der Verständigung verpflichteten Bundeswehr in alle Welt. Innerhalb der Bundeswehr dienen die Soldatinnen und Soldaten als hervorragende Vorbilder für Erfolge durch Leistung, Disziplin und Organisationsfähigkeit. Damit fördern sie einen gesunden Patriotismus ohne Nationalismus“[1] Auch für die Athleten (ab 1992 wurden Frauen zugelassen) war die Sportförderung erst einmal von Vorteil. Sie konnten dem Wehrdienst größtenteils entgehen und waren finanziell weitgehend abgesichert. Das zugehörige Sportstättenkonzept schaffte zudem entsprechende Trainingsbedingungen, von denen nichtmilitärische Sportler_innen häufig nur träumen konnten.

Der Weg, den der Bundestag und die Bundesregierung dabei beschritt war kein außergewöhnlicher. Wie bereits ausgeführt, war er vor allem in den osteuropäischen Ländern, der DDR und der Sowjetunion, fester Bestandteil der Sportpolitik. Ebenso wurde und wird das Modell in vielen westeuropäischen Ländern umgesetzt und hat inzwischen dazu geführt, dass ein Großteil der Medaillen auf militärische „Staatsathleten“ (und „Staatsathletinnen) zurückgeht und nicht auf Zivilist_innen. So vermeldet die Bundeswehr noch heute stolz, dass 2010 in Vancouver 56 % aller Medaillen an Bundeswehrangehörige gegeben

wurden.
Dieses System etablierte sich, teilweise kamen bis zu 840 Spitzensportlerinnen und Sportler gleichzeitig in den Genuss der Förderung. Sie mussten nur einen verkürzten Wehrdienst ableisten, regelmäßig an militärischen Übungen teilnehmen (ca. 30%), konnten sich aber sonst ihrem Sport widmen (ca. 70%). Ziel dieser Förderung war und ist dabei ausschließlich der präsentierbare internationale Spitzensport – überwiegend in Randsportarten wie Skispringen, Bob, Biathlon, diversen Leichathletikdisziplinen und neuerdings auch Frauenfußball. Dabei macht sich die Bundeswehr die prekäre ökonomische Lage der Disziplinen zu nutze.

Mittlerweile wurden von der Bundeswehr 18 (seit 2006 kamen 15 zu den zunächst 3 hinzu) Sportfördergruppen eingerichtet. Zentrale Dienststelle ist die Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover, die zentrale Feldjägerschule der Bundeswehr. Neben der Bundeswehr unterhalten auch Bundespolizei, Zoll und Feuerwehren Stipendienprogramme für Sportler_innen, allerdings in deutlich geringerem finanziellem Ausmaß (zusammen ca. 200 Stellen) als die Bundeswehr.
Dieses Verfahren hat sich bis heute nicht geändert. Obwohl die Wehrpflicht lange ausgesetzt ist und damit die Sportförderung ihrer inhaltlichen Begründung beraubt ist, existiert sie ungekürzt weiter. Aktuell gibt die Bundeswehr jährlich 28 Millionen Euro für bis zu 744 zu Fördernde aus. Die Fluktuation der Geförderten beträgt etwa 250 pro Jahr. Stark leistungsgetrieben werden Verträge für ein Jahr, in Ausnahmefällen für zwei Jahre geschlossen. Mit dieser Förderung ist die Bundeswehr ein zentraler Bestandteil der bundesdeutschen Spitzensportförderung. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) feiert die Sportfördergruppe der Bundeswehr gar als unverzichtbaren Bestandteil des „nationalen Spitzensportkonzeptes“. Das hat Gründe. Bis heute versäumt es das für den Sport verantwortliche Innenministerium eine zivile Förderstruktur aufzubauen. Entsprechend ist für Sportler_innen ohne entsprechende Mittel und Lobby die Bundeswehr oder die Polizei die einzige Möglichkeit, ihre Aktivitäten im Spitzensport zu finanzieren. Die Kugelstoßerin Christina Schwanitz macht das in einem Jubelbeitrag auf der Bundeswehrseite deutlich: „Für mich persönlich sage ich ganz klar: Hätte ich die Bundeswehr nicht, könnte ich meinen Leistungssport nicht betreiben.[…] Deswegen trete ich auch gerne als Sportsoldatin in der Öffentlichkeit auf.“[2]

Wem nützt es?
Sportler_innen haben wenige Alternativen, wollen sie im Spitzensport – einigermaßen finanziert – aktiv sein. Ohne Stipendienförderung, so eine Studie der Sporthochschule Köln aus dem Jahr 2010, leben viele nur knapp über dem Hartz–IV-Satz.[3] Der ehemalige Olympiasieger und Professor für Wirtschaftspolitik Wolfgang Maenning kritisierte die Sportförderung der Bundeswehr auch inhaltlich, methodisch: Erst seit kurzem ist es den geförderten Sportler_innen überhaupt erlaubt, nebenbei eine Ausbildung zu machen; zudem sei der militärische Dienst langweilig und sinnlos und entstehe, aufgrund der starken Fokussierung auf die Pflichtzeiten beim Militär, eine eindimensionale Verengung, die sich negativ auf die sportliche Leistung auswirke.[4] Unabhängig davon bestünden wenige Möglichkeiten sich eine berufliche Laufbahn für die Zeit nach dem Sport aufzubauen. Die Bundeswehr selber interessiert sich wenig für die Menschen nach der öffentlichkeitswirksam genutzten Karriere. Dem Argument versucht die Bundeswehr inzwischen ein wenig vorzubeugen, indem sie mit einer teuren Zusatzfinanzierung, abhängig von der Dauer der Sportförderung, eine zusätzliche Unterstützung für die Zeit nach dem Sport gewährt. Das mag entsprechend für besonders erfolgreiche Sportler_innen hilfreich sein, sind sie es nicht (die Fluktuation wurde bereits angesprochen) hilft ihnen das wenig.

Regelmäßige Termine des Friedensbüro Hannover

Friedenspolitischer Arbeitskreis
an jedem 1. Dienstag im Monat 19 Uhr im Pavillon Lister Meile 1)

Aktiventreffen an jedem 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr in Hannover im Haus der Jugend, Maschstr.

Friedenspolitischer Stammtisch an jedem letzten. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café K, Hannover Linden; Pariser Platz

Termine der DFG-VK Hannover

Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Ortsgruppe Hannover trifft sich jeden 2.Dienstag im Monat, 19.00 Uhr im Kargah.

Homepage:
http://frieden-hannover.de
http://hannover.dfg-vk.de
http://deserteure-hannover.de

Impressum/Hinweise
Dieser Newsletter erscheint monatlich und wird herausgegeben vom Friedensbüro Hannover und der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Hannover.

Kritik, Hinweise und Vorschläge bitte an newsletter@frieden-hannover.de
Redaktion: Ralf Buchterkirchen
buchterkirchen@dfg-vk.de

Leider können sich Termine ändern oder verschieben. Aktuelle Informationen finden sich unter www.frieden-hannover.de oder hannover.dfg-vk.de.

Steuerlich abzugsfähige Spenden
Friedensbüro Hannover e.V.
Bank für Sozialwirtschaft,
BIC BFSWDE33HAN
IBAN DE95251205100009453900

Alternativen
Es gibt keine logische nicht-militärische Begründung mehr, die Sportfördergruppen aufrecht zu erhalten. Vielmehr ist es dringend nötig, ein ziviles Stipendiensystem zu etablieren, welches Förderung nicht an einer militaristischen Gesinnung, sondern an den Leistungen und/oder der Freude am Sport festmacht (es würde an dieser Stelle zu weit führen, das Grundverständnis von Spitzensport und das Leistungssystem in Frage zu stellen, daher bleibt diese weitergehende Debatte an dieser Stelle ausgeklammert). Gegenwärtig existiert in der BRD zivil nur die private Stiftung Deutsche Sporthilfe, die bis zu 10 Millionen Euro jährlich für 3800 Sportler_innen im Spitzensport ausgibt. Eine zivile Alternative ist – sofern Spitzensportförderung als wichtige und landesweite Aufgabe begriffen wird – zivil zu regeln, um Chancengleichheit unabhängig von der Weltanschauung und neutrale Entwicklungsmöglichkeiten zu etablieren. Dass der Bundeswehr damit ein werbewirksames Spielzeug weggenommen würde, wäre nicht nur aus pazifistischer, sondern auch aus sportpolitischer Sicht zu begrüßen.

[1] Broschüre des Bundesverteidigungsministeriums »Konstant in der Erfolgsspur. Die Spitzensportförderung der Bundeswehr«, September 2010, S. 9
[2]Quelle http://www.bundeswehr.de (Stand 07.02.2016)
[3] http://www.zeit.de/sport/2010-02/olympia-guttenberg-steuern-sportsoldaten/seite-2(Stand 07.02.2016)
[4] http://www.zeit.de/sport/2012-08/sportfoerderung- (Stand 07.02.2016)